



**ERLANGER
BÜNDNIS
FÜR DEN
FRIEDEN**

Sprecher:
Manfred Diebold, Westring 19, 91462
Dachsbach
Tel.: 09163 523, Mobil: 0176 22834196

Sprecherin:
Isa Paape, Nürnberger Straße 45, 91052
Erlangen
Tel. 09131 404671, Mobil: 015905274969

www.frieden-erlangen.de
friedensbuenndnis-er@web.de

28.8.2019

Pressemitteilung

Antikriegstag 2019

Abrüsten statt Aufrüsten! – Vorrang für Zivile Konfliktbearbeitung!

Das „Erlanger Bündnis für den Frieden (EBF)“ lädt ein zu einer Kundgebung mit Musik, Infoständen und Redebeiträgen in lockerer Abfolge am

Samstag 31. August 2019, Beginn 11:00 Uhr bis ca. 14 Uhr, Hugentotenplatz

Mit dem Überfall der Nazi-Wehrmacht am 1. September 1939 auf Polen begann der 2. Weltkrieg. 80 Jahre nach Beginn des grauenhaften Vernichtungskrieges der Nazis haben wir allen Anlass, am Antikriegstag daran zu erinnern, wohin das Wiedererstarken von Nationalismus und Militarismus, von Menschenfeindlichkeit und Rassismus führen kann.

Insbesondere sehen wir auch die Rolle Deutschlands sehr kritisch. Die massive Steigerung der Ausgaben für den Verteidigungshaushalt mit dem Ziel, 2% des Bruttoinlandsproduktes zu erreichen. Deutschland ist angesichts seiner Wirtschaftsleistung dann stärkste Militärmacht in Europa. Was sagen die kleineren EU-Staaten dazu? Die Bundeswehr ist in bis zu 17 Auslandseinsätzen bisher gleichzeitig, viele ohne UN-Mandat. Deutschland ist unter den weltweit führenden Nationen im Rüstungsexport und weigert sich, dem neuen Atomwaffenverbotsvertrag der Vereinten Nationen zuzustimmen im Gegensatz zu ca. 130 Nationen. Und im Gegensatz zu einem Bundestagsbeschluss von 2010 über alle Parteien, die letzten 20 US-Atomsprenköpfe aus Deutschland abzuziehen. Die Bundeswehr rekrutiert Minderjährige an Schulen und anderswo entgegen der UN-Kinderrechtskonvention. Auslandseinsätze der Bundeswehr sind zur Normalität geworden, Krieg ist wieder Mittel der deutschen Politik geworden.

Seit 1992 gibt es die „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ mit ganz neuen Aufgaben für die Bundeswehr. Diese Richtlinien sind z.B. im internet nachzulesen. Danach geht es um eine Abkehr von der Landesverteidigung entspr. Grundgesetz und um die Ermöglichung von Einsätzen der Bundeswehr weltweit, um Zugänge für Rohstoffe und freie Handelswege zu sichern. Die Bundeswehr ist danach eine Armee im Einsatz. All dies im Namen von „mehr Verantwortung für die Welt“ zu übernehmen. Diese neuen Aufgaben für die Sicherheitspolitik Deutschlands wurden nicht groß diskutiert und auch das Grundgesetz wurde nicht geändert.

Was wollen wir? Das „Erlanger Bündnis für den Frieden“ setzt sich dafür ein,

- dass die Rüstungsausgaben nicht weiter erhöht werden, sondern abgebaut werden.
- Stattdessen sollen die Mittel für zivile Bereiche verwendet werden, ebenso für Konfliktprävention und Gewaltprävention in der Innen- und Außenpolitik, für eine stärkere Friedensbildung an den Schulen und in der Gesellschaft.
- Beachtung der Charta der Vereinten Nationen, für die stärkere Unterstützung der Nachhaltigkeitsziele der UN.

- Stopp und Abbau der Rüstungsexporte aus Deutschland verbunden mit Umwandlung der entspr. Arbeitsplätze in zivile Arbeitsplätze.
- Unterzeichnung des neuen UN-Atomwaffen-Verbotsvertrages durch Deutschland, Kündigung der nuklearen Teilhabe der Nato und Abzug der restlichen US-Atomwaffen, Deutschland zur atomwaffenfreien Zone!

Insbesondere wollen wir die bundesweite Initiative „Abrüsten statt Aufrüsten“ unterstützen und Unterschriften für den Aufruf dazu sammeln (siehe unten).

Weitere Aktionen zum Antikriegstag:

Zum Abschluss findet um 17 Uhr die **Antikriegstag-Veranstaltung des DGB im Landratsamt Erlangen** in der Nägelsbachstr. 1 statt, mit einem Podium und einer polnischen Delegation über „**Deutsch-Polnische Beziehungen**“. Eintritt frei.

Parallel werden vom EBF Infomaterialien bei dem **aktuellen Podium des Poetenfestes 2019 „Neue Waffen für die Welt!“ im Markgrafentheater am Sa um 12 Uhr** ausgelegt wie auch bei der **Matinee am Sonntag, 1.9. um 11 Uhr „Klimakrise – Ein Wandel muss her!“** (Dr. Helmut Aichele, Manfred Kirscher).

Bundesweiter Aufruf der Initiative „Abrüsten statt Aufrüsten!“:

„Die Bundesregierung plant, die Rüstungsausgaben nahezu zu verdoppeln, auf zwei Prozent der deutschen Wirtschaftsleistung (BIP). So wurde es in der NATO vereinbart. Zwei Prozent, das sind mindestens weitere 30 Milliarden Euro, die im zivilen Bereich fehlen, so bei Schulen und Kitas, sozialem Wohnungsbau, Krankenhäusern, öffentlichem Nahverkehr, kommunaler Infrastruktur, Alterssicherung, ökologischem Umbau, Klimagerechtigkeit und internationaler Hilfe zur Selbsthilfe.

*Auch sicherheitspolitisch bringt eine Debatte nichts, die zusätzlich Unsummen für die militärische Aufrüstung fordert. **Stattdessen brauchen wir mehr Mittel für Konfliktprävention als Hauptziel der Außen- und Entwicklungspolitik.***

Militär löst keine Probleme. Schluss damit. Eine andere Politik muss her.

Damit wollen wir anfangen:

Militärische Aufrüstung stoppen, Spannungen abbauen, gegenseitiges Vertrauen aufbauen, Perspektiven für Entwicklung und soziale Sicherheit schaffen, Entspannungspolitik auch mit Russland, verhandeln und abrüsten. Diese Einsichten werden wir überall in unserer Gesellschaft verbreiten. Damit wollen wir helfen, einen neuen Kalten Krieg abzuwenden.

Keine Erhöhung der Rüstungsausgaben - Abrüsten ist das Gebot der Stunde!“

Mit freundlichen Grüßen,

Manfred Diebold